

RHEIN-WUPPER ZEITUNG

LEVERKUSEN OPLADEN
LEICHLINGEN

RHEINISCHE POST

CDU macht Druck für Tunnel-Lösung

Der Düsseldorfer Landtag spricht heute über den Neubau der A1-Rheinbrücke. Die Leverkusener CDU hat deshalb gestern Landtagsmitglied Klaus Vossemer an die Stelzenautobahn gebeten, damit sich dieser für die Tunnel-Variante einsetzen möge.



Klaus Vossemer (M.) mit Leverkusener CDU-Politikern an der Stelze FOTO: UM

VON SUSANNE GENATH

LEVERKUSEN Noch ist es nicht zu spät für eine A1-Tunnel-Lösung, die von vielen Leverkusener Bürgern gewünscht wird. Davon ist Klaus Vossemer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, überzeugt. Er kam gestern auf Einladung der Leverkusener CDU an die Stelzenautobahn, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Heute ist der Neubau der A1-Brücke Thema im Düsseldorfer Landtag. Im Verkehrsausschuss geht es auch um den damit verbundenen Eingriff in die alte Giftmüll-Deponie Dhünnaue.

„Es ist schade, dass Herr Groschek nur die Stelzenvariante nach Berlin gemeldet hat“, sagte Vossemer unter der Stelze. Es sei aber früh genug, um weitere Varianten nachzureichen. „Am Ende muss der Bund die beste Variante auswählen und zwischen den Aspekten Wirtschaftlichkeit, Bürgerfreundlichkeit, Umweltschutz und Stadtent-

wicklung abwägen.“ Vossemer fordert heute außerdem Aufklärung von NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD), ob und welche Grundstückstransaktionen es im Vorfeld des Brückenbaus gegeben hat. „Da ist einiges noch unklar“, sagte er. Die Pläne müssten transparenter gemacht werden. Grundsätzlich sei der Brückenneubau die Gelegenheit, „einen Missgriff aus den frühen 1960er Jahren zu beseitigen“, so, wie den Tausendfüßler in Düsseldorf.

Die CDU Leverkusen sieht vor allem den Landesbetrieb Straßen.NRW in der Pflicht. Der müsse von sich aus die Bürger vor Ort informieren. „Und wenn Straßen.NRW im Neulandpark eine Infobox setzt und erklärt, was passieren soll und was nicht“, sagte Fraktionschef Thomas Eimermacher. Insbesondere der Eingriff in die Dhünnaue bereite den Bürgern große Sorge. „Mir hat erst letztes wieder jemand gesagt: ‚Da liegt ja Senf-

gas.“ Hier sei Straßen.NRW gefordert, öffentlich aufzuklären.

Zum Abschluss bekam Klaus Vossemer von Peter Westmeier, der gleichzeitig Sprecher der „L Leverkusener Initiativen für Verkehrsplanung“ (LIV) ist, einen Schal mit der Aufschrift „Tunnel statt Stelze“ überreicht. „Den können Sie ja bei der Sitzung des Verkehrsausschusses tragen“, scherzte Westmeier.

Das „Netzwerk gegen Lärm, Feinstaub und andere schädliche Immissionen“ (NGL) hat sich in Sachen A1-Ausbau nun an das Beschwerde-Komitee der Aarhus-Konvention in der Schweiz gewandt. In seinem Schreiben wirft es der Bundesregierung Deutschland, vor, keine Alternativplanungen zur Stelzenautobahn vorgelegt zu haben, obwohl andere Varianten weniger stark in die Umwelt eingreifen würden. Die Aarhus-Konvention schreibt jeder Person Rechte im Umweltschutz zu.

Video rp-online.de/leverkusen

Eingriff in die Dhünnaue soll rechtlich abgesichert werden

LEVERKUSEN (sug) Die Bezirksregierung Köln erarbeitet zurzeit den Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der A1-Rheinbrücke und den damit verbundenen Eingriff in die Altlast Dhünnaue. Um nicht auf möglichen Kosten sitzen zu bleiben, will die Stadt Leverkusen parallel dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen. Die sind heute Thema im Finanzausschuss, bevor der Stadtrat darüber entscheidet.

Zum einen geht es darum, den Eingriff in die Dhünnaue zu begrenzen sowie „eine fachgerechte und sorgfältige Abdichtung der Altablagerung und Wiederherstellung des vorherigen Zustandes“ sicherzustellen. Dem Vertragsentwurf zufolge, der mit der Bayer AG erarbeitet wurde, soll der Landesbetrieb Stra-

ßen.NRW sämtliche Kosten für die Baumaßnahme tragen und für alle Schäden haften, die dadurch entstehen. Die Stadt und Bayer sollen außen vor bleiben.

Zum anderen soll die Umlegung einer Gashochdruckleitung im Bereich der Dhünnaue vertraglich zwischen Straßen.NRW, der Stadt, Bayer und Open Grid Europe GmbH als Betreiberin der Leitung geregelt werden.

Weil noch Abstimmungen für die Vereinbarungen erforderlich sind, will die Stadtverwaltung Straßen.NRW schon vorher erlauben, erste vorbereitende Arbeiten und Rodungen durchzuführen, die aufgrund des Naturschutzes nur zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar möglich sind.